



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

obwohl das neue Jahr inzwischen schon ein wenig fortgeschritten ist, möchte ich es dennoch nicht versäumen, euch allen im Namen des gesamten SGK-Landesvorstandes ein erfolgreiches und glückliches Jahr 2015 zu wünschen. Einige, vermutlich leichtfertig gemachte, Versprechungen für das neue Jahr (wie z.B. mehr Sport treiben, nicht mehr rauchen, gesünder essen oder auch mehr Zeit für die Familie) sind vielleicht schon teilweise wieder abgeräumt und es geht so weiter wie bisher.

Wie dem auch sei, in jedem Fall bringt 2015 neue Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Und wir sind gefordert, Lösungen aufzuzeigen.

Terror verändert alles

Der Terroranschlag gegen das Redaktionsgebäude der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“, bei dem zwölf Menschen getötet wurden, veränderte dann urplötzlich die Lage. Die Tagespolitik trat in den Hintergrund, die Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz vor terroristischen Anschlägen traten in Frankreich, aber auch bei uns in den Vordergrund. Der Anschlag in Paris verdeutlichte drastisch, dass es gegen Derartiges keine hundertprozentige Sicherheit gibt. Unsere Sicherheitsbehörden, wie auch die gesamte Gesellschaft, sind in besonderer Weise gefordert.



Die zahlreichen Flüchtlinge aus Syrien und seinen Nachbarländern, die dem unmenschlichen Terror und der Willkür der Schergen des islamistischen Staates entkommen konnten, haben auch bei uns zu einem großen Anstieg der Flüchtlingszahlen geführt. Der überwiegende Teil unserer Bevölkerung zeigt sich weltoffen und hilfsbereit. Viele Organisationen, aber auch viele Privatmenschen helfen den Familien und versuchen, ihnen den Aufenthalt in einem fremden Land so gut es eben geht zu erleichtern.

Viele nehmen die Flüchtlinge aber auch als Bedrohung wahr und treten ihnen mit großen Vorbehalten und Vorurteilen gegenüber. Die rechte Szene, deren Handeln schon immer von Rassismus und Ausgrenzung geprägt war, versucht diese Situation für sich zu nutzen und ruft zu Demonstrationen gegen den Islam und die Flüchtlinge auf. Leider folgen viele den Aufrufen und beteiligen sich an den so genannten Pegida-Demonst-

rationen, die in einigen Städten stattfinden. Ein gutes Beispiel, wie es auch gehen kann, zeigen die vielen Gegendemonstrationen, die erfreulicherweise immer besser besucht werden. Dort zeigt sich, dass die Flüchtlinge willkommen sind und dass man sie in ihrer großen Notlage nicht allein lässt.

Das Problem Finanzen

Für unsere Kommunen ist die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge ein großes organisatorisches und finanzielles Problem. Hier sind Bund und Länder gefordert, den Kommunen die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um diese schwierigen Aufgaben zu bewältigen. Der so genannte „Flüchtlingsgipfel“ der Frau Klöckner hilft da nicht weiter, er ist lediglich eine Fortsetzung der bisher schon von ihr veranstalteten Gipfel zu den verschiedensten Themen. Das waren eher populistische Parteiveranstaltungen. Auch fehlen bisher jegliche substanzielle CDU-Ansätze zur besseren Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge.

52 Mio für die Kommunen

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat dafür gesorgt, dass die Ausgaben des Landes für die Unterbringung von Asylsuchenden in diesem Jahr auf 90 Millionen Euro aufgestockt werden. Davon erhalten die Kommunen über die Hälfte, nämlich etwa 52 Millionen Euro. So sieht echte Hilfe

Inhalt

Wer bestellt, bezahlt

Zur Person:
Michael Mahlert

Mainz-Bingen: Nummer 1
im Land und bundesweit

SGK-Ehrennadel an
Dr. Winfried Hirschberger und
Monika Fink verliehen

aus. Showveranstaltungen helfen dagegen nicht weiter.

Ein dringendes Anliegen der Kommunen sollte allerdings an dieser Stelle noch angesprochen werden. Die Situation der kommunalen Haushalte ist nach wie vor sehr angespannt. In der SGK wurde dieses Thema bei der letzten Vorstandssitzung ausgiebig diskutiert. Als möglichen Lösungsansatz, wie den Kommunen kurzfristig geholfen werden könnte, wurde eine Änderung des § 5a Abs.5 Satz 3 des LFAG andiskutiert. Dort heißt es, „Ein vorhandenes positives oder negatives Anlagevermögen darf 25 v.H. der Verstetigungssumme nicht überschreiten, überschießende Beträge werden der Verstetigungssumme zugeführt oder vermindern diese.“ Das Verstetigungsdarlehen beträgt Ende 2014 lt. Finanzplanung des Landes 492 Millionen Euro und Ende 2015 563 Millionen Euro. Nach dem Landeshaushaltsplan

beträgt das Versteigungsdarlehen Ende 2014 500 Millionen Euro und 2015 576 Millionen Euro.

Lösung in Sicht

Nach Meinung der SGK besteht durchaus die Möglichkeit das LFAG dahingehend zu ändern, dass statt des Prozentsatzes, ab dem das Versteigungsdarlehen gekappt wird, ein fester Betrag festgesetzt wird. Dies würde dazu führen, dass z.B. bei einer Festsetzung des Betrages auf 350 Millionen Euro die Kommunen einen Betrag von rund 150 Millionen Euro erhalten könnten. Geld, das ohnehin von den Kommunen „angespart“ wurde. Lediglich der Fälligkeitstermin würde vorgezogen.

Ein Gedanke, den man auch auf Landesebene prüfen sollte. Den Kommunen würde eine Umsetzung dieser Überlegungen in einer akuten Notsituation sehr helfen.



Hans Jürgen Noss

Geschäftsführer der SGK Rheinland-Pfalz

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion:
Barbara Behrends
Telefon: (06131) 22 64 60
Hans Jürgen Noss, V.i.S.d.P.

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber
Litho: metagate Berlin, Litfaß-Platz 1,
10178 Berlin, Tel. (030) 283 06-200

Druck: Braunschweig-Druck GmbH,
Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig

Wer bestellt, bezahlt

Reform des Länderfinanzausgleichs 2019 – ein kommunales Thema

Autor Andreas Wagenführer



Denis Alt, MdL, Heinrich Tiemann, Staatssekretär a.D. und Hans Eichel, Bundesfinanzminister a.D.

Foto: SGK RLP

Am 13. November 2014 hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung zu einem Fachgespräch zur Reform des Länderfinanzausgleichs in ihr Regionalbüro für Rheinland-Pfalz und das Saarland in Mainz eingeladen. Die Moderation übernahmen Dr. Martin Gräfe, Büroleiter der FES in Mainz und Dr. Denis Alt, MdL, Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Rheinland-Pfalz. Es diskutierten: Hans Eichel, Bundesfinanzminister a. D., Ministerpräsident Hessen a. D. und Oberbürgermeister Kassel a. D., Heinrich Tiemann, Staatssekretär a. D. sowie Dr. Philipp Fink, Referent der FES, ihre Vorschläge zur Reform des Länderfinanzausgleichs mit einem fachkundigen Publikum u. a. mit Patrik Lauer, Vorsitzender der Saar-SGK und Landrat des Landkreises Saarlouis, Heide

Schneider, MdL, Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im Saarland und Wolfgang Cavelius, Finanzreferent des Saarländischen Städte- und Gemeindetages. Zudem hatte die SPD-Bundestagsfraktion am 16. Januar 2015 zu der kommunalpolitischen „Konferenz mit Zukunft“ u. a. mit dem Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann und mit Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Stadt Hamburg, in das Reichstagsgebäude in Berlin eingeladen.

Vorschlag der FES

Bereits im Juni 2013 hatten Hans Eichel, Philipp Fink und Heinrich Tiemann für die Friedrich-Ebert-Stiftung einen Vorschlag zum Abbau regionaler Disparitäten vorgelegt. Da war eine finanzielle Entlastung der Kommunen, wenn der Bund bestimmte kom-

munale Sozialausgaben übernimmt, vorgesehen. Außerdem eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen, um die Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge sicherzustellen und schließlich die Initiierung eines Wettbewerbs unter den Ländern um Lösungen für dringende gesellschaftliche Herausforderungen zu finden.

Für eine Begrenzung von regional unterschiedlichen Entwicklungen geben Artikel 72 GG mit der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet, sowie Artikel 106 mit der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet einen eindeutigen Auftrag. Eine wichtige Säule zum Abbau regionaler Disparitäten steht, wenn der Bund bestimmte Sozialausgaben übernimmt. Hierzu muss-

Ausflugsziel: Ökolehrpfad Guntersblum



Eine Gruppe mit Jugendlichen nutzt den Lehrpfad.

Der inzwischen 15 Jahre alte Ökolehrpfad ist nach wie vor ein beliebtes Ausflugsziel im Guntersblumer Unterfeld am Rhein. Damit der Lehrpfad auch weiterhin attraktiv und vor allen Dingen sicher für die zahlreichen Besucher bleibt, investiert die Wasserversorgung Rheinessen-Pfalz GmbH (**wvr**) regelmäßig in den Erhalt des Lehrpfades. So wurde inzwischen die Brücke über den Leitgraben erneuert, der Steg an einem Tümpel durch heimisches Lärchenholz nachhaltig saniert und die Tafeln des Lehrpfades ersetzt.

wvr engagiert sich

Der Bau des Uferfiltratwasserwerkes Guntersblum (1999) war ein notwendiger Schritt um die Trinkwasserversorgung in Rheinessen langfristig sicherzustellen. Gleichzeitig ist so ein Vorhaben ein Eingriff in den Naturhaushalt, dessen Folgen die **wvr** mittels einer freiwilligen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVS) abschätzen ließ. In Absprache mit Behörden und Umweltverbänden wurden anschließend Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geschaffen, die den Lebensraum für Tiere und Pflanzen sicherstellten bzw. sogar erweiterten. Über das geforderte Maß hinaus wurden Flächen gekauft oder gepachtet, um das ambitionierte Ziel der Vernetzung

von Naturschutzgebieten zu erreichen. Auf 12 Informationstafeln werden diese Maßnahmen dargestellt und ökologische Zusammenhänge erläutert. Beginnend an der Rheinfähre Guntersblum können die Tafeln auf einem ca. 3 km langen Rundkurs begutachtet werden.

Inzwischen hat sich das Landschaftsbild durch die Maßnahmen geändert: So machen die Wiesen seit Beginn der Ausgleichsmaßnahmen einen Wandel durch, der häufig erst bei genauerem Hinsehen auffällt. Die artenarmen Wirtschaftswiesen wurden inzwischen zu artenreicheren, mäßig feuchten Wiesen entwickelt. Dem Nicht-Botaniker fällt dieser Wandel am ehesten durch die Zunahme an Insekten (z. B. Libellen, Heuschrecken, Schmetterlinge, Käfer) im Bereich dieser Wiesen auf. Die Insekten stehen hier aber nur für eine Vielzahl von anderen Tieren, die u. a. in der Nahrungskette die Grundlage für wieder vermehrt auftretende Vögel liefern. Augenfällig ist die Zunahme der Vögel. Heute sieht man den Graureiher, den Weißstorch, viele Greifvögel wie Milane. Letztere haben die von der **wvr** gestellten Sitzeinrichtungen gern angenommen.

An einem der 15 angelegten Laichgewässer kann von einem Steg die Entwicklung der

zahlreichen Amphibien und Wassertiere beobachtet werden. Von einem Hochsitz, am Rande des Fischsees, können seltene Tierarten wie u.a. Rohrweihe oder Blaukehlchen beobachtet werden.

Mit dem ökologischen Lehrpfad vermittelt die **wvr** Naturerlebnis und Naturinformation sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene.

wvr schafft Freizeitwert

Nicht zuletzt stellen die von der **wvr** geschaffenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie der ökologische Lehrpfad für die Gemeinde Guntersblum und ihre Bevölkerung einen Zugewinn an Attraktivität und somit auch ein hohes Maß an Freizeitwert dar.

Die Tafeln sind so konzipiert, dass ab der Grundschule für alle Altersgruppen Informationen zu ökologischen und hydrogeologischen Abläufen gewonnen werden können.

Dr. Willi Kiesewetter

*Darüber hinaus bietet die **wvr** spezielle Führungen für Schulen, Vereine oder Gruppen an. Diese dauern je nach Schwerpunkt ca. 2-3 Stunden. Nähere Auskünfte gibt Dr. Klaus Hoffmann (06135 7355 oder k.hoffmann@wvr.de)*

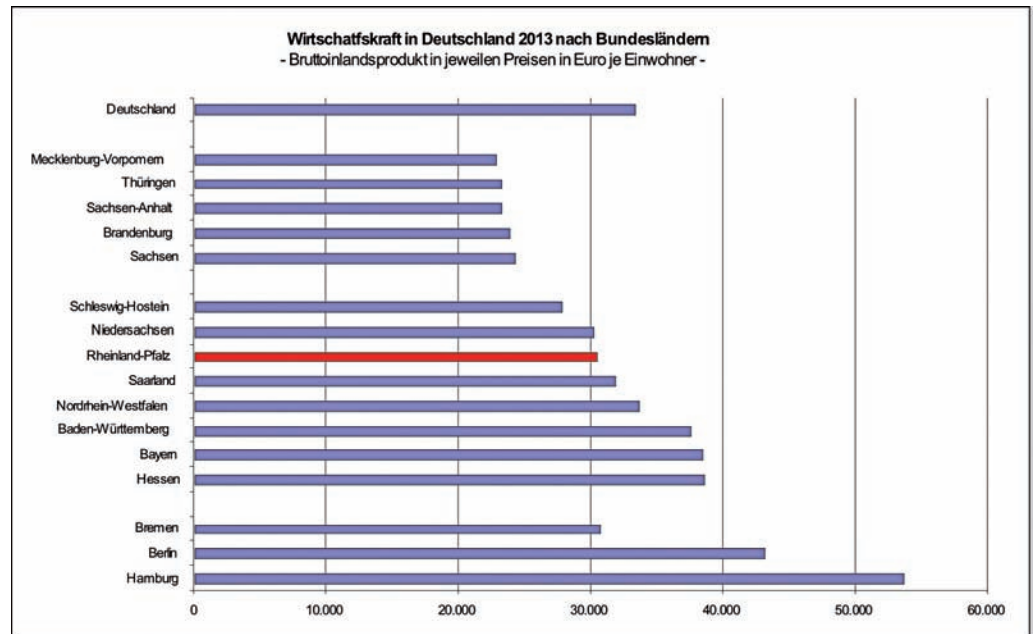
te sich nach dem Vorschlag von Eichel/Fink/Tiemann der Bund mit zehn Milliarden Euro beteiligen. Für die Finanzierung könnte ab dem Jahr 2020 ein Teil des Aufkommens des Solidaritätszuschlags herangezogen werden. Damit die Mittel tatsächlich im Sinne des Vorschlags an die Kommunen verteilt werden können, ist vor der Verabschiedung entsprechender Gesetze eine politische Verständigung von Bund und Ländern notwendig, und danach sieht es bislang nicht aus.

Inzwischen wurde der Vorschlag von den Autoren weiterentwickelt. Vorschläge anderer Autoren sind hinzugekommen, so etwa das so genannte Schäuble-Scholz-Papier oder das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion „Die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen“ vom September 2014. Worum geht es dabei?

Steuern bringen Geld

Damit Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben gut erfüllen können, müssen sie über ausreichende Einnahmen zu deren Finanzierung verfügen. Wichtigste Einnahmequelle sind die Steuern, die die Bürgerinnen und Bürger zahlen. Das Grundgesetz und weitere Gesetze sehen ein vielschichtiges Verfahren zur Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden vor.

Das Steueraufkommen eines Landes und seiner Kommunen hängt unter anderem von der Wirtschaftskraft des Landes ab. Wirtschaftsstärkere Länder haben tendenziell höhere Steuereinnahmen als wirtschaftsschwächere Länder. Bekanntlich liegt die Wirtschaftskraft



Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

in Rheinland-Pfalz leicht unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Mit einer unterschiedlichen Wirtschaftskraft gehen natürlich auch unterschiedliche Steuereinnahmen einher. Die Unterschiede zu verringern, ist Aufgabe des Länderfinanzausgleichs. Er korrigiert die Unterschiede bei der Finanzkraft, ohne jedoch einen vollständigen Ausgleich herbeizuführen.

Der Länderfinanzausgleich im weiteren Sinn besteht aus drei Stufen, und zwar erstens dem Umsatzsteuervorwegausgleich, zweitens dem Länderfinanzausgleich im engeren Sinn mit den Ausgleichszahlungen zwischen den Geber- und den Nehmerländern und drittens den Bundesergänzungszuweisungen.

Finanzausgleich wirkt

Der Landesanteil an der Umsatzsteuer von Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2013 knapp 3,7 Milliarden Euro, 2014 sind fast 3,9 Milliarden Euro veranschlagt und für 2015 etwas

über vier Milliarden Euro. An diesen Landeseinnahmen sind die rheinland-pfälzischen Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich – neben anderen Landeseinnahmen – mit 21 v. H. beteiligt. Im Jahr 2013 flossen so 768 Millionen Euro in den kommunalen Finanzausgleich, im Jahr 2014 waren es 818 Millionen Euro und für dieses Jahr werden fast 848 Millionen Euro erwartet. Allein diese Größenordnungen machen deutlich, dass sich Änderungen bei der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern oder beim Umsatzsteuervorwegausgleich auch auf die rheinland-pfälzischen Kommunen auswirken werden.

Im Länderfinanzausgleich im engeren Sinn hat das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 fast 277 Millionen Euro erhalten. Im Jahr 2014 ging der Betrag auf rd. 177 Millionen Euro zurück, um in diesem Jahr wieder auf 184 Millionen Euro anzusteigen. Auch an diesen Landeseinnahmen

sind die rheinland-pfälzischen Kommunen über den Finanzausgleich beteiligt, und zwar mit 27 v. H.; für das Jahr 2013 (damals noch mit 21 v. H.) flossen so gut 58 Millionen Euro in den kommunalen Finanzausgleich. Im Jahr 2014 waren es nur noch gut 48 Millionen Euro und für dieses Jahr werden fast 50 Millionen Euro erwartet.

Finanzausgleich für RLP

Über die Bundesergänzungszuweisungen hat Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 knapp 176 Millionen Euro erhalten. Auch dieser Betrag ging im Jahr 2014 zurück, und zwar auf knapp 132 Millionen Euro, um in diesem Jahr wieder leicht auf 136 Millionen Euro anzusteigen. An diesen Landeseinnahmen sind die rheinland-pfälzischen Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich ebenfalls beteiligt, und zwar an 2014 mit 27 v. H. (vorher 21 v. H.); für das Jahr 2013 flossen so knapp 37 Millionen Euro in den kommunalen Finanzausgleich, im Jahr 2014

waren es gut 48 Millionen Euro und für dieses Jahr werden fast 50 Millionen Euro erwartet.

Auch diese Größenordnungen zeigen die Betroffenheit der rheinland-pfälzischen Kommunen. Jeder Euro weniger im Länderfinanzausgleich oder bei den Bundesergänzungszuweisungen kostet die rheinland-pfälzischen Gemeinden und Gemeindeverbände 27 Cent. Beim Blick auf die Unterschiede in der Wirtschaftskraft und die Steuereinnahmen der Länder darf natürlich nicht übersehen werden, dass auch innerhalb der einzelnen Länder erhebliche Unterschiede in der regionalen Verteilung der Wirtschaftskraft und der Steuereinnahmen festzustellen sind.

Das System der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern einerseits sowie unter den Ländern andererseits steht nun vor tiefgreifenden Reformen. Zahlreiche Gesetze treten zum 1. Januar 2020 außer Kraft. Das „Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (Finanzausgleichsgesetz - FAG)“ tritt gem. § 20 mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft. Das „Gesetz über verfassungskonkretisierende allgemeine Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens, für den Finanzausgleich unter den Ländern sowie für die Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen (Maßstabgesetz – MaßstG)“ tritt gem. § 15 ebenfalls mit Ablauf des 31. Dezember 2019 außer Kraft. Mit § 11 des „Gesetzes über die Errichtung eines Fonds ‚Deutsche Einheit‘ wird der Fonds mit Ablauf des Jahres 2019 aufgelöst. Dann endet nach § 6 Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes zur Neuordnung

der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) auch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage. Und schließlich gilt ab dem Jahr 2020 gem. § 117 der Landesverfassung Rheinland-Pfalz – wie in den anderen Ländern auch – die so genannte Schuldenbremse. Danach ist der Haushaltsplan grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.

Soli-Zuschlag

Zeitlich nicht gesetzlich begrenzt ist dagegen die Erhebung des Solidaritätszuschlags gem. dem Solidaritätszuschlaggesetz 1995 (SolzG 1995). Sein Aufkommen fließt allein dem Bund zu. Im Jahr 2013 betrug das Aufkommen 14,38 Milliarden Euro, und bis zum Jahr 2019 wird ein Aufkommen von ca. 18 bis 19 Milliarden Euro geschätzt. Mit diesen Einnahmen werden entsprechende einheitsbedingte Ausgaben des Bundes finanziert, und zwar aktuell rd. 8 Milliarden Euro, d. h. der Bund „verdient“ mit dem Solidaritätszuschlag und finanziert seinen allgemeinen Haushalt damit. Bis zum Jahr 2019 werden nur noch ca. 4 bis 5 Milliarden Euro für einheitsbedingte Ausgaben gebraucht, d. h. der Betrag zur Finanzierung des Bundeshaushalts wächst stetig an. Deshalb wird der Bundesfinanzminister angesichts der fehlenden gesetzlichen Befristung des Solidaritätszuschlags und auch angesichts des (wachsenden) „Überschusses“ für den Bundeshaushalt wohl mit entsprechender Gelassenheit in die Verhandlungen zu den Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern gehen können.

Zweiter Teil des Artikels in der nächsten Ausgabe der DEMO

Michael Mahlert

Wieder Bürgermeister



Foto: privat

Michael Mahlert ist seit dem 1. Oktober 1999 Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bad Hönningen. Er wurde am 11. Januar 2015 für eine 3. Wahlperiode

mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt. Seine Hauptziele für die neue Wahlperiode umschreibt Mahlert wie folgt:

- Ein ganz wichtiges Ziel ist die Belebung der Innerorte. Hier ist an der Rheinschiene, bedingt durch das niedrige Zinsniveau z.Z. eine gewisse Investitionsfreude zu erkennen. Diese gilt es zu nutzen.
- Die Infrastruktur z.B. im Gesundheitswesen oder im ÖPNV gilt es zu verstärken, um nicht gänzlich von den Ballungsräumen abgetrennt zu werden.
- Das Ganztagsangebot in unseren Kindertagesstätten und Schulen soll weiter ausgebaut werden.

Am 1. Oktober 2015 beginnt für Mahlert die 3. Wahlperiode.

Anzeige

DORNBACH GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Niederlassung Mainz
Fort Malakoff
Rheinstraße 4N
55116 Mainz

Telefon +49 (0) 61 31 2 04 78-16
Telefax +49 (0) 61 31 2 04 78-48
info@dornbach-mainz.de

BESTE
STEUERBERATER
& WIRTSCHAFTS-
PRÜFER
DORNBACH
Wirtschafts
Woche
Kategorie: Renommee
Im Test: 25 Steuerberater
und Wirtschaftsprüfer
Ausgabe 41/2018

DORNBACH

IHR PARTNER FÜR KOMMUNALBERATUNG

Besuchen Sie uns im Internet
www.dornbach.de

Mainz-Bingen: Nummer 1 im Land und bundesweit

An der Erfolgsgeschichte des rheinhessischen Landkreises haben viele mitgewirkt

Autor Ralph Spiegler, Bürgermeister, SPD-Fraktionsvorsitzender

Der Landkreis Mainz-Bingen ist nach einer Untersuchung von Focus Money zum 2. Mal innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren landes- und bundesweit der wirtschaftstärkste Landkreis. Er hat damit erneut hervorragend positionierte Landkreise in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen hinter sich gelassen. Bei den der Untersuchung von Focus Money zugrunde gelegten Pa-

rametern erreicht der Landkreis Mainz-Bingen zwar bei keinem dieser Parameter den Platz 1, liegt aber bei allen Parametern (Arbeitslosenquote, Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Erwerbstätigenzahl, Investitionen im verarbeitenden Gewerbe und Bevölkerungswachstum im Vergleich zum Vorjahr) auf vorderen Plätzen. Mit anderen Worten: der Landkreis Mainz-Bingen

ist hinsichtlich aller Kriterien, die der Untersuchung von Focus Money zugrunde liegen, auf den vorderen Plätzen zu finden und somit breit aufgestellt.

Die hervorragende Position des Landkreises ist der geografisch günstigen Lage mit 85 km Rheinfrost und in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rhein-Main-Raum geschuldet. Zum Erfolg trägt die hervorragende Infrastruktur von kleinen und mittelständigen Betrieben sowie weltweit agierenden Großunternehmen bei. An ihrer Spitze stehen der Pharmakonzern Boehringer in Ingelheim, die Chemische Fabrik Budenheim KG, aber auch der Getränkekonzern Eckes-Granini-Group, Löwen-Entertainment und Bericap.

Wein und Schulen sind bestens gerüstet

Drei Weinanbaugebiete, nämlich Rheinhessen, Mittelrhein und die Nahe teilen sich den Landkreis und werben mit zum Teil weltweit bekannten Lagen für den wirtschaftlich erfolgreichen Landkreis. Mainz-Bingen ist aber auch geprägt von einer beispielhaften Schullandschaft, nämlich fünf Gymnasien, vier Integrierten Gesamtschulen, vier RealschulenPlus und zwei Berufsbildenden Schulen. Die renommierte Fachhochschule in Bingen kommt hinzu. Der Landkreis bietet ein sehr dichtes Nahverkehrsangebot, an dessen Optimierung

gearbeitet wird. Mainz-Bingen erreicht die höchste Betreuungsquote bei den U3-Kita-Plätzen im Land, ist faktisch schuldenfrei und hat seine Pensionsverpflichtungen annähernd zur Hälfte bar gedeckt.

Ehrenamt, Kommunalisierung – das läuft hier gut

Als einzige kommunale Gebietskörperschaft hat der Landkreis bereits vor Jahren ein eigenes Programm zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements aufgelegt, in das in den zurückliegenden knapp 10 Jahren mehr als 15 Millionen Euro geflossen sind. Darüber hinaus hat der Landkreis im letzten Jahrzehnt Aufgaben der Daseinsvorsorge wie die Abfallwirtschaft, die Reinigung und Unterhaltung der kreiseigenen Liegenschaften sowie die Wärme- und Energieversorgung im Bereich des Contractings mit großem wirtschaftlichem Erfolg kommunalisiert.

Der wirtschaftliche Erfolg des Landkreises ist das Ergebnis einer sehr begünstigten geografischen Lage, hervorragender Verkehrs- und -verbindungen (Wasserstraße, Schienenwege und überörtliche Straßensysteme) und nicht zuletzt einer beispielhaften Infrastruktur. In diesem Zusammenhang darf aber auch auf die besondere Verantwortung der sozialdemokratischen Kommunalpolitik in den vergangenen 25 Jahren verwiesen

Anzeige

bnr.de
blick nach rechts

**„Die Bekämpfung von Rechts-
extremismus ist nach wie vor ein
aktuelles und zentrales Thema.
Wer den blick nach rechts
regelmäßig liest, erkennt die
aktuellen Gefahren von rechts außen
und kann sachkundig
argumentieren.“**

Schirmherrin Ute Vogt



**Weitere Informationen
im Netz: www.bnr.de**



Ralph Spiegler

Foto: privat

werden: Der sozialdemokratische Landrat Claus Schick leitet seit 23 Jahren die Kreisverwaltung. Mit Ausnahme von 2 Jahren führt die sozialdemokratische Kreistagsfraktion die Koalition im Kreistag mit FWG und FDP, seit 2004 mit Bündnis 90/Die Grünen. Die sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Marianne Grosse und Michael Reitzel und seit 2010

Ralph Spiegler haben mit der SPD-Kreistagsfraktion wesentlich zu diesem beispielhaften Erfolg beigetragen.

Die überdurchschnittlich hohe Steuerkraft der kreisangehörigen Gebietskörperschaften erlaubt dem Kreis eine im Verhältnis zum Landesdurchschnitt außerordentlich günstige Kreisumlage mit 33,5%, was wiederum die Inves-

titionsfähigkeit und das stabile Wachstum der kreisangehörigen Gebietskörperschaften fördert.

Daten zum Landkreis Mainz-Bingen (Quelle: http://www.focus.de/immobilien/kaufen/landkreis-ranking-2014-das-sind-die-erfolgreichsten-regionen-deutschlands_id_4363992.html#ergebnis)

Rang unter den 387 Landkreisen	1
Veränderung der Bevölkerung von 2012 zu 2013 in Prozent	0,55
Verfügbares Einkommen privater Haushalte je Einwohner (2012) in Euro	26.004
Veränderung der Erwerbstätigenzahl von 2011 zu 2012 in Prozent	2,50
Arbeitslosenquote (2013) in Prozent	4,30
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts von 2011 zu 2012 in Prozent	9,15
Bruttowertschöpfung 1 je Erwerbstätigen (2012) in Euro	70.197
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe je Beschäftigten (2012) in Euro	18.270

Anzeige

Deutschland kommunal

Für alle Fälle haben sie mit „Deutschland kommunal“ die richtige App.

Man muss nicht alles wissen, aber man muss wissen, wo man nachgucken kann.

Anschriften und Kontaktdaten von Bürgermeistern, Dezernenten, Fraktionsvorsitzenden und viele weitere kommunale Ansprechpartner finden Sie hier.

www.deutschlandkommunal.de



Edition DEMO

SGK-Ehrennadel an Monika Fink und Dr. Winfried Hirschberger verliehen

Beim Sommerfest waren beide verhindert, jetzt wurde die Verleihung nachgeholt

Autor Hans Jürgen Noss



Landrat Winfried Hirschberger, Landesgeschäftsführer Noss, Monika Fink und Landesvorsitzender Reitzel Foto: SGK RLP

Im Rahmen der letzten Sitzung des SGK-Landesvorstandes zeichneten der Landesvorsitzende Michael Reitzel und Landesgeschäftsführer Hans Jürgen Noss Landrat Winfried Hirschberger und Monika Fink, MdL a.D. für ihre langjährigen Verdienste um die SGK und die „kommunale Familie“ mit der SGK-Ehrennadel des Landesverbandes aus.

Winfried Hirschberger hat sich in zahlreichen Funktionen in der Partei, kommunal und auch gesellschaftlich eingebracht. Sein Engagement hat den sonst üblichen Rahmen bei Weitem gesprengt. 1945 in Altdiez an der Lahn geboren, drängte es ihn schon bald nach

dem Abschluss seines Jurastudiums in die Politik. 1971 trat er in die SPD ein, wo er u.a. lange Jahre Mitglied und auch Vorsitzender des Bezirkstags Pfalz war. Von 1994 bis 2004 war er Vorsitzender des SPD-Bezirks Pfalz. 1982 begann dann seine kommunalpolitische Laufbahn als Bürgermeister der Stadt und Verbandsgemeinde Eisenberg.

Landrat bis heute

1985 wurde er dann zum Landrat des Kreises Kusel gewählt, ein Amt, das er bis heute ausübt. Zwischenzeitlich promovierte er 1984 an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer mit dem Thema, „Zugang des Bürgers zu staatlichen Informationen“, ein politi-

scher Bereich, der heute große Aktualität genießt. Seit 1994 ist Winfried Hirschberger als Vorsitzender oder als stellvertretender Vorsitzender des Landkreistages Rheinland-Pfalz tätig.

In vielen Bereichen tätig

Auch außerhalb der Politik ist und war er in vielen gesellschaftlichen und sozialen Bereichen aktiv. So war er von 1982 bis 1992 Mitglied des Verwaltungsrates von SOS-Kinderdorf Deutschland. Seit 1985 ist er Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes Kusel und von 1996 bis heute Vorsitzender des Vereins zur Unterstützung der Gemeindenahen Psychiatrie in Rheinland-Pfalz. Die Liste seiner Funktionen wäre noch länger

betonte der Landesvorsitzende Michael Reitzel. Er dankte Winfried Hirschberger auch für seine Arbeit in der Landes-SGK und für maßgebliche Mitarbeit an wichtigen Entscheidungen.

Monika Fink wurde 2001 in den rheinland-pfälzischen Landtag gewählt, dem sie bis Ende 2014 angehörte. In der Fraktion hat sie für Ihre Arbeit große Anerkennung erfahren. Stets bestens informiert, scheute sie auch keine kontroverse Diskussion um ihre Meinung deutlich zu machen und dafür dann eine Mehrheiten zu suchen. Ihr Abschied aus der Landtagsfraktion ist äußerst bedauerlich, wie Landesgeschäftsführer Hans Jürgen Noss, MdL betonte. Ihre Impulse und ihre Art Politik zu machen werden fehlen.

Angenehm konstruktiv

Monika Fink bleibt aber weiterhin politisch tätig. Neben der Mitgliedschaft in verschiedenen kommunalen Vertretungskörperschaften, ist sie auch weiterhin Mitglied im Landesvorstand der SGK und im erweiterten Vorstand des Landkreistages. Sozialpolitisch engagiert Monika Fink sich beim DRK, wo sie Vorsitzende des DRK-Kreisverbandes Eifelkreis Bitburg-Prüm ist. Michael Reitzel dankte für ihre Arbeit in der Landes-SGK, die er stets als äußerst angenehm und konstruktiv wahrgenommen habe.